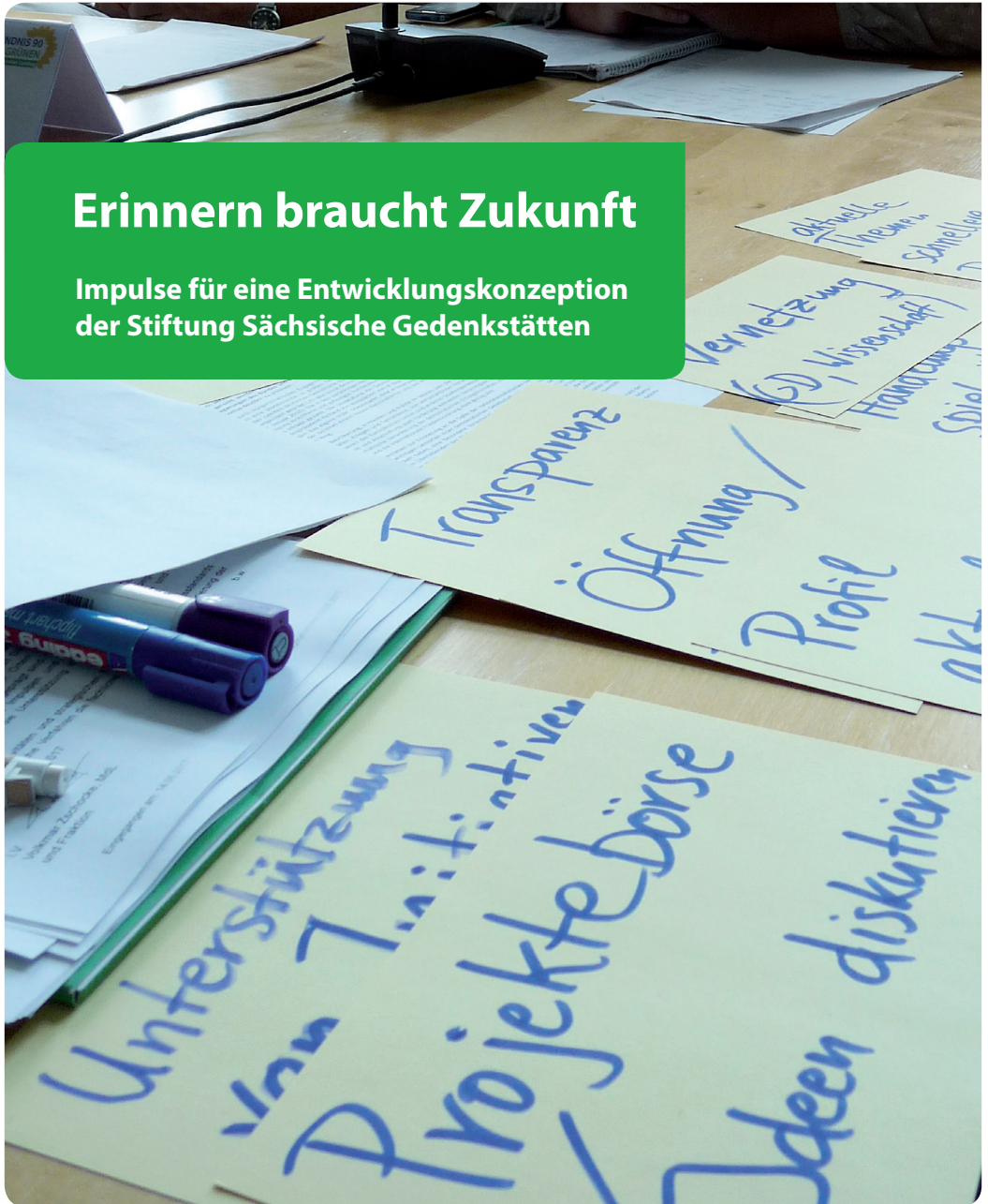


Erinnern braucht Zukunft

Impulse für eine Entwicklungskonzeption
der Stiftung Sächsische Gedenkstätten



Inhaltsverzeichnis

Vorwort Landtagsabgeordnete Dr. Claudia Maicher	4
Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit und die Gedenkstättenförderung in Sachsen, Dr. Detlef Garbe	5
Interview mit Anna Schüller , Initiative Klick zum Aufbau der Gedenkstätte KZ Sachsenburg	10
Entstaatlichung des Gedenkens und politisch-historische Bildungsarbeit „von unten“, Prof. Dr. Uwe Hirschfeld	14
Strukturelle Probleme stehen einer inhaltlichen Diskussion im Weg, Prof. Dr. Manfred Wilke	17
Interview mit Daniel Gaede , Wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten über die Perspektiven der Gedenkstättenpädagogik	21
Interview mit Anja Kruse , Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig zu Projektförderung	24
Interview mit Dr. Anna Kaminsky , Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, über die Zusammenarbeit mit Akteuren in Sachsen	27
Interview mit Dr. Peter Skyba , Zeithistoriker, zu wissenschaftlichen Standards und zur Vernetzungsarbeit	30
Landtagsabgeordnete Dr. Claudia Maicher – Position der GRÜNEN-Landtagsfraktion zur Gedenkstättenpolitik in Sachsen	34
Weiterführende Hinweise	38

Liebe Leserin, lieber Leser,

Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen und demokratischen Bildung. Von der kritischen Auseinandersetzung mit den Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus und dem Unrecht in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR können sie eine Brücke zur Reflexion gesellschaftlicher Gegenwart schlagen. Gleichwohl stehen sie vor großen Herausforderungen, wie vor allem der Weiterentwicklung von Lernorten historisch-politischer Bildung für junge Menschen.



Dr. Claudia
Maicher
(Bildnachweis:
Dirk Hanus)

Gegenwärtig gibt es deutliche Kritik an der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, dem wichtigsten Förderinstrument für die Erinnerungskultur im Freistaat Sachsen, auch weil die Perspektiven ihrer langfristigen Weiterentwicklung unklar sind. Fünf Jahre nach der Novelle des Gedenkstättengesetzes steht eine Entwicklungskonzeption für die Stiftung immer noch aus, und damit die Grundlage für Entscheidungen zur künftigen Leistungsfähigkeit und Fördertätigkeit der Stiftung und für die Arbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen in ganz Sachsen. So fehlt auch die Voraussetzung dafür, dass sich die Politik über die finanzielle Ausstattung verständigen kann.

Bei einem Fachgespräch im Juni 2017 haben wir gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren verschiedener Arbeitsfelder über Entwicklungsbedarfe diskutiert. Das war ein guter Anfang, viele Aspekte konnten wir jedoch noch nicht vertiefen. In dieser Broschüre haben wir deshalb weitere Impulse für die Entwicklungskonzeption zusammengestellt, auch um einen breiten fachlichen Austausch der Beteiligten und eine offene Diskussion zu fördern. Ganz herzlich bedanken möchte ich mich bei den Autorinnen und Autoren und Interviewpartnerinnen und -partnern, für ihre Sichtweisen und Anregungen.

Dr. Claudia Maicher

Kulturpolitische Sprecherin
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag

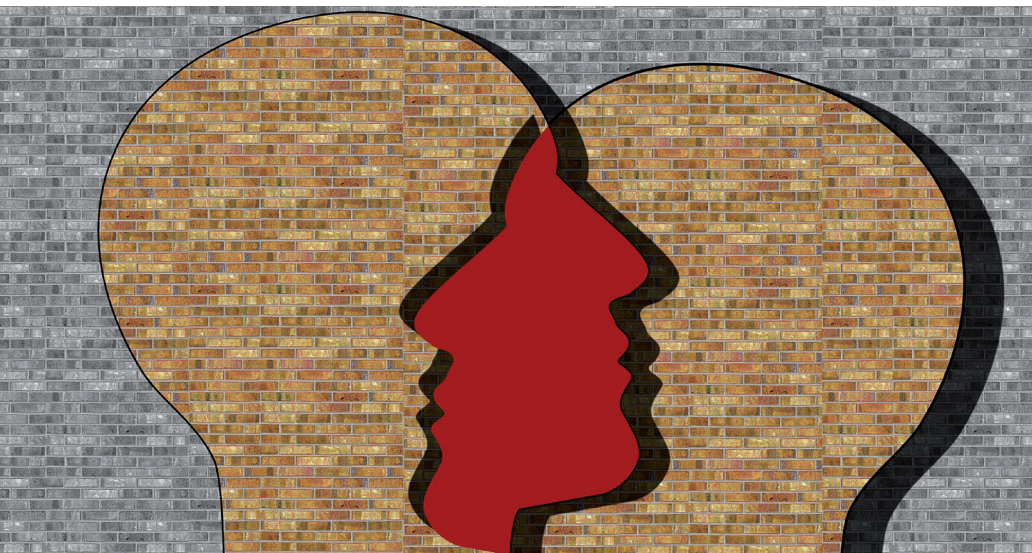
Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit und -förderung in Sachsen

Dr. Detlef Garbe

Historiker, Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Hamburg, Mitglied im Expertengremium Gedenkstättenförderung bei der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien

Die Gedenkstätten sind in den zurückliegenden drei Jahrzehnten von der Peripherie ins Zentrum der Geschichtskultur gerückt. Angesichts der Zunahme der Zahl an Ausstellungen, Publikationen und Programmen sowie einem stetig gestiegenen Besucherinteresse, ist die Gedenkstättenentwicklung zweifellos eine bundesdeutsche Erfolgsgeschichte. Und doch befinden sich die Gedenkstätten im Gegenwind und sehen sich großen Herausforderungen und Gefahren ausgesetzt.

Hier sind natürlich der folgenschwere Verlust der Zeitzeugen zu nennen, die sich vergrößernde zeitliche Distanz, der Generationenwechsel, die sich in der digitalen Welt nicht nur bei Jugendlichen rapide verändernden Ansprechbarkeiten, die Herausforderungen einer zunehmend multiethnischen Gesellschaft mit Migrationshintergründen und Fluchtgeschichten, die nicht von den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges und den deutschen Diktaturen geprägt sind. Veränderungen des politischen Bezugsfeldes werden auch bedingt durch die sich in den letzten Jahren insbesondere in Afrika und Asien mehrenden kriegерischen Auseinandersetzungen und globale Krisen, die in Form des Terrorismus auch unmittelbar bei uns Auswirkungen haben. In Zeiten, in denen Autokraten nationalstaatlichen Eigennutz, Abschottung und neue Aufrüstung nach innen wie außen propagieren, fragen sich viele, ob die gesellschaftliche Verankerung der demokratischen Errungenschaften, die institutionellen Sicherungen des Rechtsstaates und die internationale Friedensordnung stark genug sind.



face-pixabay
(Bildnachweis:
pixabay.com,
Lizenz CC0)

In dieser Situation schwindender Gewissheiten wird nun – dieses scheint mir die größte aktuelle Herausforderung für die Gedenkstättenarbeit zu sein – die in den zurückliegenden Jahrzehnten in einem mühsamen Prozess gesellschaftlicher Verständigung erstrittene und gefestigte bundesdeutsche Erinnerungskultur von dem erstarkenden Rechtspopulismus infrage gestellt. Die Umdeutung von Geschichte ist hierfür ein zentrales Instrument. Besonders offensichtlich zeigte dies die gezielte Provokation, für die der Vorsitzende der AfD-Fraktion im thüringischen Landtag am 17. Januar 2017 das Ballhaus Watzke in Dresden wählte. Wer die Worte von Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 über die Befreiung vom Nationalsozialismus als „Rede gegen das eigene Volk“ brandmarkt, eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ fordert und völkische Denkweisen vertritt, der bereitet einem neuen Nationalismus und der Wiederkehr von Leugnung, Aufrechnung und Relativierung den Weg. Auch Gedenkstätten, die an das Unrecht des SED-Regimes erinnern, sehen sich heute Infragestellungen gegenüber, die sich aus fehlender Kenntnis vieler Junger, sturer Leugnung einiger Alter und ostalgischer Verklärung speisen. Was politische Justiz bedeutete, wie das Spitzelsystem des Ministeriums für Staatssicherheit wirkte, was Überwachung und Grenzregime

anrichteten, kann in Gedenkstätten anhand der baulichen Sachzeugen und biografischer Erzählungen veranschaulicht werden.

Die DDR war zweifelsohne eine Diktatur, die in vielerlei Hinsicht von Unfreiheit und Unrecht geprägt war. Dass sie gleichwohl etwas anderes war als die nationalsozialistische Herrschaft, die einen Vernichtungskrieg führte, nahezu ganz Europa unterwarf und den Völkermord zum Staatsziel erklärte, ist offenbar, das novellierte sächsische Stiftungsgesetz spricht hier von „grundlegenden Unterschieden“. Obwohl dies in Politik und Öffentlichkeit nicht ernsthaft bestritten wird, bereiten Schwerpunktsetzungen in der Forschungsförderung und der Bildungsarbeit den Weg zu Wahrnehmungen, die nicht Differenzierungen stärken, sondern die Tendenz zur ahistorischen Gleichsetzung. Auf entsprechende Ungleichgewichte weist auch eine gemeinsam von der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten und dem FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und –initiativen erarbeitete Erklärung hin.

Erinnerungskultur und historisch-politische Bildung stärken – Gedenkstätten an den Orten des NS-Terrors fordern größere Anstrengungen für Aufarbeitung und Vermittlung und ein Ende der Ungleichgewichte (Erklärung vom 5. Mai 2017)



http://www.gedenkstaettenforum.de/fileadmin/forum/Datei_rechte_Seite/2017-05-05_Erinnerungskultur_und_historisch-politische_Bildung_staerken.pdf

Zwar hat die Novelle des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes von 2012 dazu geführt, dass nunmehr auch der Nationalsozialismus beim Namen genannt wird, der besondere Charakter des NS-Terrors angesprochen und NS-Regime und DDR nicht mehr unter dem Begriff „politische Gewaltherrschaft“ in eins gesetzt werden. Gleichwohl gab es auch in den letzten Jahren in der Presse, bei den Verbänden und im Landtag immer wieder die Frage, ob in den sächsischen Förderentscheidungen nicht doch anders akzentuierende politische Prioritäten sichtbar werden. In dem nun schon seit zwei Jahrzehnten währenden Konflikt um die Gewichtung der Ausstellungsteile im DIZ Torgau wird bis heute darum gerungen, wie am letzten Standort des Reichskriegsgerichts und der bedeutenden Militärgefängnisse Fort Zinna und Brückenkopf die konzeptionell geforderte Schwerpunktsetzung auf die Wehrmachtjustiz sichtbar werden kann. Es ist

zu hoffen, dass den Absichtserklärungen nach den Workshops in Torgau endlich auch Taten folgen.

Auch wenn der Freistaat Sachsen mit der Stiftung auf Landesebene eine Organisationsstruktur geschaffen hat, die es zu stärken und fortzuentwickeln gilt, sind gleichwohl daneben zahlreiche weitere Faktoren für eine gelungene Gedenkstättenarbeit unverzichtbar. Ich nenne neben der Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, das es zu unterstützen und nicht zu reglementieren gilt, die Vernetzung mit Bildungsträgern, den Schulen und Universitäten, aber auch mit kulturellen Einrichtungen wie den Theatern, Büchereien und Museen. Dabei ist auch die Ergänzung der öffentlichen Förderwege durch die Gewinnung von Stiftungen und Medien als Kooperations- und Förderpartner anzustreben. Die pädagogischen Angebote in der Besucherbetreuung, die Ausstellungs- und Publikationsvorhaben sowie die vielfältigen Veranstaltungsformate der Gedenkstätten, über die der Newsletter der Stiftung als wichtiges Informationsorgan regelmäßig informiert, sind meines Erachtens noch stärker durch zielgruppenorientierte Angebote zu ergänzen. Ich denke hier an Angebote für besondere Berufsgruppen beispielsweise durch Partnerschaften mit berufsbildenden Schulen und Fortbildungseinrichtungen.

„Gedenkstätten
dürfen keine
staatlichen
Erinnerungs-
agenturen sein,
die ein politisch
vorgegebenes
Geschichtsbild
vermitteln.“

Vernetzungen sind auch über die Landesgrenzen hinaus in andere Bundesländer und in unsere Nachbarstaaten hinein anzustreben. Natürlich sollten sich die Leiterinnen und Leiter der Gedenkstätten wie auch andere Mitarbeiter in bundesweite und internationale Kooperationen einbringen können. Eine hier verweigerte Dienstreise mag zwar die Haushaltsmittel schonen, aber sie ist auch ein versäumter Kompetenzgewinn, ein Verlust an Motivation und eine Absage an Kooperationschancen.

Gerade angesichts der beschriebenen gesellschaftlichen bzw. politischen Herausforderungen bedarf es einer Verankerung der Gedenkstätten in ihrem städtischen und regionalen Umfeld, Fördervereine und Kooperationen mit möglichst vielen Akteuren des öffentlichen Lebens. Gedenkstätten dürfen keine staatlichen Erinnerungsagenturen sein, die ein politisch vorgegebenes Geschichtsbild vermitteln, sondern sie müssen vor dem Hintergrund der vielschichtigen historischen Erfahrungen, die mit der Geschichte des jeweiligen Ortes verbunden sind, Anstöße zu Fragen und Diskussionen bieten. Der Opfer zu gedenken heißt Nachdenken, nicht allein Andächtigkeit ist gefordert, sondern Anstößigkeit und Erziehung zur Mündigkeit.

Orte des Erinnerns in Sachsen





„Die Stiftung müsste selbst ein Verständnis davon haben, dass sie die Initiativen und auch die Sitzgemeinden begleiten muss.“

Interview mit

Anna Schüller

Mitglied der Initiative Klick zum Aufbau der
Gedenkstätte KZ Sachsenburg

Wie ist der Stand beim Aufbau der Gedenkstätte und was ist das Ziel der Initiative Klick?

🕒 Das Ziel ist es, am Ort des früheren Konzentrationslagers Sachsenburg eine Gedenkstätte einzurichten, einen Erinnerungsort, an dem man sich aktiv mit der Geschichte auseinandersetzen kann. Das ist der Wunsch der Lagerarbeitsgemeinschaft und der Initiative Klick. Nun liegt auch ein Konzept für diese Gedenkstätte vor und es sollten Fördermittel und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um diese Einrichtung voranzutreiben. Momentan sind wir im Gespräch mit der Stadt Frankenberg und mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Das grundlegende Ziel der Initiative Klick ist erstens, diesen Ort und seine Geschichte in der Region bekannter zu machen. Alle fahren nach Buchenwald, aber niemand weiß, was nebenan geschehen ist. Und zweitens soll die Erinnerungsform zeitgemäß sein. Wir stellen uns Erinnern als aktiven Prozess vor. Wir wollen neue Erinnerungsformen ausprobieren und schauen, funktioniert das oder nicht.

Wie sollen solche neuen Erinnerungsformen vor Ort aussehen?

🕒 Man kennt aus dem Gedenkstättenkontext ja klassische Führungen. Die könnte man auflockern durch neue Medien. Wir schicken die Schülerinnen und Schüler zum Beispiel zuerst durch das Gelände, um eine kleine

Nachricht zu schreiben, ein Foto aufzunehmen oder einen Ton. Dann gehen wir gemeinsam anhand dieser kleinen Schnipsel und ihren Assoziationen durch das Gelände und bauen spontan die Führung auf. Das wäre beteiligungsorientierter. Mit neuen Medien kann man auch persönliche Geschichten in dieser Auseinandersetzung mit einbeziehen. Persönliche Erfahrungen von Diskriminierung werden mit der Geschichte verknüpft. Das ist unsere Idee von Erinnerung.

Das Vorhaben, hier eine moderne Gedenkstätte aufzubauen, gibt es ja schon länger. Welche Hürden wurden schon genommen und welche müssen noch überwunden werden?

🕒 Eine Hürde, die wir schon geschafft haben, ist überhaupt eine Öffentlichkeit für diesen Ort herzustellen, dass mehr Leute davon Kenntnis haben. Die Gründung der Lagerarbeitsgemeinschaft ist auch geschafft. Ebenso in diesem Jahr eine Konzeption zu erarbeiten. Als Nächstes muss die Konzeption umgesetzt werden. Da muss sich die Stadt Frankenberg bereit zeigen, daran mitzuwirken, dass wir in die institutionelle Förderung hineinkommen, also nicht nur im Gesetz stehen, sondern auch Fördermittel erhalten.



Dr. Claudia Maicher im Gespräch mit Anna Schüller, Initiative Klick. (Bildnachweis: Jan Keilhauer)

Dafür muss auch das Trägerschaftsverhältnis geklärt sein. Wir brauchen eine Road Map, also eine klare Zielvorstellung und einen Plan, was die nächsten Schritte sind und wie man die gemeinsam mit Stadt und Akteuren gehen kann.

Wie ist die Zusammenarbeit mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten bis jetzt gelaufen?

🕒 Einerseits werden wir durch die Mitarbeiter sehr aktiv unterstützt und beraten. Da wurde ein Sammelband zur Geschichte des KZ vorangetrieben und eine Tagung organisiert. Andererseits wünschen wir uns aber auch, dass so eine Road Map vorangetrieben wird und die Akteure an einen Tisch geholt werden. Das ist genau das, was fehlt. Man könnte da seitens der Stiftung noch stärker unterstützen und auch moderieren.

Wer müsste alles mit am Tisch sitzen?

🕒 Neben der Stadt und Stiftung, der Lagerarbeitsgemeinschaft und der Initiative Klick, müsste man natürlich auch mit den Bürgerinnen und Bürgern, die hier wohnen, sprechen. Dass die natürlich mitgenommen werden müssen, davon reden wir gerade noch gar nicht.

Für die Aufgabe, den Aufbau von neuen Gedenkstätten anzuschieben, müsste die Stiftung in die Lage versetzt werden. Was wären in diesem Sinne Leitlinien im Rahmen einer allgemeinen Entwicklungskonzeption für die Stiftung?

🕒 Die Stiftung müsste sich selbst erst einmal in der moderierenden Rolle sehen, also ein Verständnis davon haben, dass sie die Initiativen und auch die Sitzgemeinden begleiten muss, damit die genau wissen, was zu tun ist. Denn es ist oft ein Argument der Kommune, was vorgeschoben wird, dass sie nicht wissen, was die nächsten Schritte sind. Dieser Prozess muss offengelegt werden, nicht immer nur jahresweise, sondern über einen längeren Zeitraum. In pädagogischer Hinsicht sollte die Stiftung an einem Austausch unter diesen Initiativen interessiert sein und ihn fördern. Wir haben einmal eine Netzwerktagung mit Mitteln der Stiftung gemacht. Das können wir



nicht jedes Jahr wieder machen, dazu fehlen uns die Ressourcen. Es wäre Aufgabe der Stiftung zu sagen, wir vernetzen genau diese Initiativen, bieten Workshops an und Möglichkeiten dazu, sich über pädagogische, konzeptionelle, und archivarische Fragen auszutauschen. So kann das Ganze weiterentwickelt werden, indem die Gedenkstätten und Initiativen voneinander lernen.

Gab es von der Stiftung für den Prozess der Konzeptentwicklung für die Gedenkstätte in Sachsenburg eine inhaltliche Beratung?

🕒 Es wurde schon angeboten, dass man nachfragen kann, wenn man Fragen hat, aber dazu muss man erst Fragen entwickeln. Es ist eher so ein passives Ihr-müsst-auf-uns-zukommen. Eigentlich müsste es aktiv sein, dass ein gemeinsamer Workshop initiiert wird und danach arbeiten die einzelnen Personen das aus und dann wird wieder darüber gesprochen.



„Spuren vertiefen“ – Auseinandersetzung mit der Geschichte des KZ Sachsenburg beim Bildhauerworkshop während der Workshopwochen 2011. (Bildnachweis: Initiative Klick)

Entstaatlichung des Gedenkens und politisch-historische Bildungsarbeit „von unten“

Uwe Hirschfeld

Uwe Hirschfeld arbeitet mit dem Schwerpunkt Politische Theorie und Bildung an der Evangelischen Hochschule Dresden in der Ausbildung von Sozialarbeiterinnen und -arbeitern.

Ich möchte die konzeptionelle Perspektive mit dem Stichwort der „Entstaatlichung“ des Gedenkens und der politisch-historischen Bildungsarbeit charakterisieren. Dafür möchte ich vier Sachbegründungen anführen:

1. Die vielfältigen Orte und Formen des NS-Terrors im Alltag sollten als eine wesentliche Ergänzung zu den Stätten der Staatsverbrechen sichtbar gemacht werden. Die Verbrechen des NS lassen sich nicht auf das staatliche Handeln reduzieren. Der deutsche Faschismus war mehr, als nur eine staatliche Diktatur: Terror, Verfolgung und Vernichtung waren umfassend und tief im gesellschaftlichen Gewebe präsent. Sachsen ist eine der Regionen, in denen die terroristische Durchdringung des Alltags besonders deutlich gemacht werden kann, weil es keine so massive Überformung durch große und zentrale KZs wie z. B. Buchenwald gibt. Das heißt nicht, dass die zentralen Orte staatlicher NS-Verbrechen wie z. B. in Torgau oder Pirna ignoriert werden sollen. Sie sollen nur kenntlich werden als „Spitze eines Eisberges“. Mit dieser Erweiterung des Gedenkens wird man auch dem Widerstand in seiner Breite und Vielfalt besser gerecht.
2. Die Perspektive der „Entstaatlichung“ trägt auch für die Auseinandersetzung mit der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Opposition in der DDR war, sieht man von der innerparteilichen ab, immer Abwehr und Flucht vor staatlichem Anspruch und Zugriff. Die Diktatur in der DDR war

tatsächlich in der Hauptsache staatliches Agieren (mit der Tendenz einer „Verstaatlichung“ aller Lebensbereiche), gerade weil es keine sie tragende gesellschaftliche Durchdringung gab. Das ist ein wichtiger, entscheidender Unterschied zur faschistischen Gesellschaft. Hier wäre also Gelegenheit, den (zivil-)gesellschaftlichen Widerstand gegen sowjetische Besatzungsmacht und SED-Staat in den Blick zu nehmen. Natürlich werden auch hier zentrale Orte staatlichen Handelns (z. B. Kaßberg) nicht ausgeschlossen.

3. Zu den Verstaatlichungsbemühungen der SED-Führung gehörte auch die Instrumentalisierung des Widerstands gegen den Faschismus. In dem sich die DDR als „das andere Deutschland“ definierte, versuchte sie die eigene Herrschaftspraxis moralisch unangreifbar zu machen. Problematisch ist dabei nicht nur die legitimatorische Funktion, sondern auch die quasi etatistische Engführung des Widerstands auf die KPD und die Ausblendung „unpassender“ Kämpfer und Opfergruppen. Die analytische Kritik der Ideologisierung der Erinnerungspolitik in der DDR müsste zentrales Moment einer Geschichtspolitik sein, die nicht beim historischen Ereignis stehen bleiben sollte, sondern auch immer die Diskursverläufe einzubeziehen hat.

4. In der alten Bundesrepublik war die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Faschismus zunächst vielfältigen Behinderungen ausgesetzt, um die personellen, wirtschaftlichen und auch ideologischen Kontinuitäten nicht sichtbar werden zu lassen. Erst mit dem Beitritt der ostdeutschen Länder kommen Gedenkstätten in größerem Umfang in die staatliche Förderung. Verbunden mit einem Gründungsmythos der neuen Bundesrepublik, der sich der simplifizierenden Formel „politische Gewaltherrschaft“ (NS, DDR) versus „Demokratie“ (Bundesrepublik) bedient, wird Erinnerungspolitik damit wieder staatlich instrumentalisiert. Auch hier und heute ist eine entstaatlichte Konzeption des Gedenkens notwendiger Kern politisch-historischer Bildungsarbeit. Ansonsten erstickt die Erinnerung zunehmend in hohlen Ritualen der Legitimationsgewinnung.

„Sachsen ist eine der Regionen, in denen die terroristische Durchdringung des Alltags besonders deutlich gemacht werden kann.“

Die Perspektive der Entstaatlichung ist mit politisch-organisatorischen Folgerungen verbunden. Neben die institutionalisierten Gedenkstätten muss die Projektförderung von Initiativen, Personen, Vereinen und Verbänden selbst als eigenständiger Arbeitsbereich ausgebaut werden.

Projektförderung sollte nicht mehr als Restmittelvergabe verstanden werden, sondern als ein ständiges und aufwachsendes Aufgabenfeld, das eigenen Logiken zu folgen hat. Dazu gehört z.B. die Orientierung an der historischen „Nachfrage“ der Akteure, wie auch eine weitgehende Selbstverwaltung bei der Mittelverteilung. Wie die Gedenkstätten braucht auch dieser Bereich fest angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Initiativen aufspüren und unterstützen. Diese Beraterinnen und Berater/Coaches gehören nicht in ein Kellerbüro der Zentrale, sondern sollten in den Regionen angesiedelt sein. Nur so bekommen sie überhaupt mit, was es „vor Ort“ an Vorhaben und Aktivitäten gibt. Ihnen kann es dann auch gelingen, lokale Vernetzungen zwischen Initiativen und etablierten Einrichtungen (wie z.B. Schulen, Museen, Gedenkstätten, Hochschulen, Kirchen usw.) anzubahnen und zu begleiten.

Insgesamt wäre für die Förderung einer solchen politisch-historischen Bildungsarbeit „von unten“ auch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten bündelndemokratisch umzubauen. Die Geschäftsstelle hätte sich als Dienstleister und Moderator der verschiedenen Akteure (Gedenkstätten, Initiativen, Kommunen usw.) zu verstehen.

Eine Geschäftsführung, die Partizipation permanent kontrolliert und viel zu oft auch verhindert, kann keine demokratische Bildung befördern. Mit anderen Worten: so wie sich die gegenwärtige Spitze der Stiftung versteht und agiert, sehe ich keine Chance für eine Reform in der skizzierten Richtung. Das Problem ist nicht das Stiftungsgesetz, sondern dessen demokratie- und entwicklungshindernde Auslegung. Dass die finanziellen Mittel steigen müssen, sollte nicht extra betont werden. Klar ist aber auch, dass ohne einen grundlegenden Politikwechsel in der sächsischen Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik mit der Stiftung keine produktive Änderung zu erreichen ist. Von daher wäre hier strategisch zu überlegen, welche konzeptionellen Positionen und Strukturen jetzt und mittelfristig außerhalb der Stiftung zu entwickeln sind, um dann später kooperativ agieren zu können.

„Das Problem ist nicht das Stiftungsgesetz, sondern dessen demokratie- und entwicklungshindernde Auslegung.“

Strukturelle Probleme stehen einer inhaltlichen Diskussion im Weg

Prof. Dr. Manfred Wilke

**Prof. Dr. Manfred Wilke ist Vorsitzender des Fördervereins
Gedenkstätte Bautzen e.V.**

Bevor eine inhaltliche Diskussion darüber beginnen kann, wie Gedenkstättenarbeit in Sachsen sachorientiert und erfolgreich zu gestalten ist, müssen die strukturellen Probleme der Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG) gelöst werden. Sie befördern die gegenwärtigen Probleme maßgeblich. Wichtige sächsische Erinnerungsorte, wie Bautzen für das SED-Unrecht oder das Wehrmachtsgefängnis Torgau sowie das Kriegsgefangenenlager Zeithain, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern, werden ungeachtet ihrer historischen Bedeutung marginalisiert. Ein Grundproblem hierbei ist das Verhältnis der Geschäftsführung der StSG zu den einzelnen Gedenkstätten einerseits, zu gesellschaftlichen Gruppen andererseits. Obwohl Stiftungsgesetz und Satzung der StSG bürgerschaftliches Engagement, dem übrigens die Entstehung aller Gedenkstätten zu verdanken ist, als Voraussetzung festschreiben, hat sich mit der StSG eine zentralistische Struktur entwickelt, die eine solche Beteiligung verhindert.

Nach der 2014 verabschiedeten Satzung legt allein die Geschäftsführung Schwerpunkte und Konturen der Gedenkstättenarbeit in Sachsen fest. Die in der Präambel formulierte Forderung einer engen Zusammenarbeit mit bürgerschaftlichen Initiativen zielt auf eine pluralistische und demokratische Mitwirkung. Ob eine solche zugelassen wird, hängt jedoch in der Realität von der persönlichen Meinung des Geschäftsführers ab. Unser Förderverein bemüht sich seit fast zehn Jahren erfolglos um eine Kooperation, die von der Gedenkstätte begrüßt, von der Geschäftsführung aber

abgelehnt wird. Wir wissen uns mit diesem Problem nicht allein. Auch die Fördervereine anderer Einrichtungen, insbesondere jener, die der Politik der Geschäftsführung in einzelnen Aspekten widersprochen haben, werden ähnliche Steine in den Weg gelegt.

Die Fortentwicklung der Gedenkstättenarbeit, die mit dem Verlust der ersten Zeitzeugengeneration vor neuen Herausforderungen steht, erfordert einen Austausch und eine Vernetzung auf regionaler, Landes- und Bundesebene mit anderen Institutionen der politischen Bildung, der Forschung und gesellschaftlichen Gruppen, wenn die sächsischen Gedenkstätten den Anschluss an die Debatten und damit letztlich auch Standards der Gedenkstättenarbeit nicht verlieren wollen. Die Geschäftsführung beschneidet jedoch den nachgeordneten Einrichtungen jeglichen Gestaltungsspielraum: Sie sind heute hinsichtlich ihrer Außenkontakte vollkommen von Genehmigungen der Geschäftsführung abhängig. Das hat zu der absurden Situation geführt, dass Bundes- und Landtagsabgeordnete ihren Besuch in Gedenkstätten zuvor genehmigen lassen mussten. In diesem Jahr musste erstmals seit 1990 das größte Treffen der Opfer der Bautzener Haftanstalten, das Bautzen Forum, auf Anweisung der Geschäftsführung ohne die Gedenkstätte Bautzen stattfinden. Solche Beschränkungen haben nicht nur im Fall der über Sachsen hinaus wichtigen Gedenkstätte Bautzen dazu geführt, dass einzelne Gedenkstätten außerhalb der lokalen Öffentlichkeit unsichtbar zu werden drohen.

Verbunden mit der zentralistischen Struktur ist ein Umgang mit den Gedenkstättenmitarbeitern, der jede Wertschätzung ihres langjährigen Engagements vermissen ließ. Reglementierende Weisungen traten an die Stelle sachlicher Gespräche und einige Mitarbeiter wurden mit unsinnigen arbeitsrechtlichen und sogar strafrechtlichen Verfahren überzogen. Die Zentralisierung von Kompetenzen in der Stiftung hat zur Folge, dass die Gedenkstätten personell unzureichend ausgestattet sind. Forschung zur Geschichte der Bautzener Gefängnisse, früher originärer Bestandteil ihrer Aufgaben, kann von der Gedenkstätte heute nicht mehr geleistet werden. Vorschläge des Fördervereins für Veranstaltungen und Projekte, die inzwischen ausschließlich an die Geschäftsführung zu richten sind, die keine Konsultation der Gedenkstätte vor Ort erlaubt, wurden wiederholt wegen

„Nach der 2014 verabschiedeten Satzung legt allein die Geschäftsführung Schwerpunkte und Konturen der Gedenkstättenarbeit in Sachsen fest.“

fehlender personeller Kapazitäten zurückgewiesen. Selbst eine Veranstaltung zur Erinnerung an den 60. Jahrestag der Gründung der einzigen Sonderhaftanstalt des MfS 2016, dem die Stiftung bei ihrer Veranstaltungsplanung keine Bedeutung geschenkt hatte, wurde von der Geschäftsführung mit diesem Argument untersagt. Der Förderverein organisierte mit der Stadt Bautzen und Bundestagsabgeordneten eine eigene Veranstaltung, an der sich die StSG, um einen öffentlichen Eklat zu vermeiden, in letzter Minute noch einbrachte und die Türen der Gedenkstätte öffnete.

Mit solchen Einschränkungen scheint eine Vernachlässigung der Geschichte des Nationalsozialismus verbunden zu sein. Auch die Verzögerungen bei der Dauerausstellung zur Geschichte der Bautzener Haftanstalten im Dritten Reich ist neben dem Mangel an wissenschaftlichem Personal dem



Gedenkstätte
Bautzen –
Außenansicht



Bildnachweis: Gedenkstätte Bautzen (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gedenkst%C3%A4tte_Bautzen.jpg#file), Lizenz CC BY SA 3.0)

Umstand geschuldet, dass die StSG der Bereitstellung der notwendigen Gelder verschleppt hat. Zweifel an der fachlichen Kompetenz und der politischen Ausgewogenheit der Geschäftsführung wurden durch ihre einseitigen politischen Äußerungen in elektronischen Medien verstärkt, was ihr die Kritik der Einseitigkeit zugezogen hat.

Die eigentlich sinnvolle Unabhängigkeit der StSG wird von der Geschäftsführung so ausgelegt, dass sie jede Kritik und Hilfestellung aus dem öffentlichen Raum als Einmischung zurückweist. Der Förderverein hat in den vergangenen Jahren die Sächsische Staatskanzlei, die Sächsische Ministerin für Wissenschaft und Kunst als Vorsitzende des Stiftungsrats sowie Bundestagsabgeordnete wiederholt auf seine Probleme in der Zusammenarbeit mit der Stiftung und der zum Schweigen gebrachten Gedenkstätte hingewiesen. Wir fanden zwar Verständnis für unsere Anliegen, jedoch keine Unterstützung in der Lösung der Probleme. Deshalb haben wir den Eindruck gewonnen, dass der Stiftungsrat seine gesetzliche Aufsichtsfunktion unzureichend wahrnimmt. Die Stiftungsratsvorsitzende äußerte mehrfach, dass sie keine Möglichkeit sehe, Probleme in den Stiftungsrat einzubringen. Hinzu kommt, dass in den Gremien einige Mittelempfänger stark positioniert sind, andere hingegen gar nicht vertreten sind oder marginalisiert werden.

„Deshalb
haben wir den
Eindruck
gewonnen,
dass der
Stiftungsrat
seine gesetz-
liche Aufsichts-
funktion
unzureichend
wahrnimmt.“

Die gegenwärtigen Schieflagen sind nach unserem Eindruck vor allem der alles beherrschenden Rolle der Geschäftsführung gegenüber den einzelnen Gedenkstätten und den zivilgesellschaftlichen Initiativen geschuldet. In diesem Zusammenhang sieht der Förderverein eine Evaluation der StSG mit großer Skepsis. Es hat den Anschein, als solle damit eine eigentlich notwendige breite öffentliche Diskussion vermieden und eine dringend notwendige Reform verschoben werden. Das Gelingen einer tragfähigen Konzeption für die sächsische Gedenkstättenlandschaft wird wesentlich davon abhängen, die strukturellen Probleme der StSG zu überwinden und eine Leitung zu berufen, die in der Lage ist, zu moderieren und auszugleichen, anstatt selbstherrlich zu spalten. Erst dann wird die für einen Erfolg der Gedenkstättenarbeit zwingend notwendige breite gesellschaftliche Beteiligung möglich sein.

„Der Gedenkstättenpädagogik geht es um die beispielhafte Erinnerung an Gesellschaften, die die Missachtung von Menschenwürde und Gleichwertigkeit systematisch zur Grundlage hatten.“



Interview mit

Daniel Gaede

Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der
Stiftung Sächsische Gedenkstätten und langjähriger
Gedenkstättenpädagoge der Gedenkstätte
Buchenwald

Welche pädagogischen Prinzipien sind für Sie bei der Gedenkstättenarbeit und den Aufarbeitungsinitiativen wesentlich?

🎥 Es sind dieselben, die auch in anderen pädagogischen Arbeitsfeldern wie der Menschenrechtsbildung, der historisch-politischen Bildung, der Friedenspädagogik, in (hoffentlich nicht nur inklusiven) Kindergärten, Schulen oder in der Sozialarbeit primär sein sollten: Respekt für die eigene und die Menschenwürde der anderen, Förderung hin zu Persönlichkeiten, die souverän genug sind, dass sie neben ihren Lebensvorstellungen andere akzeptieren können anstatt sie fanatisch bekämpfen oder verfolgen zu müssen. Entsprechend sollten Pädagoginnen ihre Arbeit aus Sicht der Adressaten so gestalten, dass sich diese in ihrem Selbstwert gestärkt fühlen – und dabei auch klare Grenzen ziehen, was geduldet wird und was nicht. Wenn wir uns klarmachen, dass alle Personen, mit denen wir arbeiten, ihre speziellen Erfahrungen, Haltungen, Werte und Reaktionsweisen mitbringen, ergibt sich auch von selbst, dass wir nicht von einer „normalen“ Klientel und „den anderen“ ausgehen dürfen, sondern jeweils individuell und gruppenspezifisch unsere Programme zu gestalten haben. Das spricht keineswegs gegen Routinen, eingespielte Methoden und erprobte

Inhalte, es ist nur ein Plädoyer gegen vorschnelle Urteile: „Eine achte Klasse aus Dresden? Da weiß ich ja schon, was ich zu erwarten habe!“ – Mitnichten. Pädagogik hat mit lauter Individuen zu tun, die sich in vielfältigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bewegen. Und da kommt die Spezifik von Gedenkstättenpädagogik ins Spiel: Hier geht es um die beispielhafte Erinnerung an Gesellschaften, die die Missachtung von Menschenwürde und Gleichwertigkeit systematisch zur Grundlage hatten und klar definierten, wer dazu gehört und wer nicht. Diese Mechanismen der Ausgrenzung, Verfolgung und systematischen Vernichtung gibt es weiterhin: Bei einzelnen, in Gruppen, Gesellschaften und als Staatsdoktrin. Insofern ist in der Gedenkstättenpädagogik nicht das Erschrecken über die Verbrechen eines Regimes wichtig, sondern die Beschäftigung mit der Frage, wer wann wie die Weichen in eine Welt stellt, die keine menschenwürdige Perspektive in sich birgt. Was das für unser tägliches Handeln bedeutet, schildert Timothy Snyder in seinen „20 Lektionen des 20. Jahrhunderts“ - nicht nur für die USA.

Welche Möglichkeiten haben die Gedenkstätten in Trägerschaft der Stiftung oder in institutioneller Förderung momentan, um eine gute Pädagogik zu machen?

„Die Vielfalt der Gedenkstätten mag da einigen als Hindernis erscheinen, ich sehe sie als große Chance.“

🗣️ Die in Sachsen vorhandenen Gedenkstätten könnten natürlich finanziell und personell weit besser ausgestattet werden, doch etwas anderes scheint mir momentan vorrangig zu sein: Ein offener, vertrauensvoller Austausch. Dabei ist wichtig, die eigene Praxis auf Erfolge und gelungene Ansätze hin zu durchforsten, sich mit anderen auszutauschen und im gemeinsamen Gespräch weiter zu entfalten. Die Vielfalt der Gedenkstätten mag da einigen als Hindernis erscheinen, ich sehe sie als große Chance.

Welches Bildungspotenzial sehen Sie bei bürgerschaftlichen Initiativen, bspw. hinsichtlich der Entwicklung von pädagogischen Modellen, der Erschließung von Lernorten oder von Zugängen zu bestimmten Zielgruppen?

🗣️ Ein Lesetipp, der mir in meinem „bürgerschaftlichen Engagement“ in der westdeutschen Friedensbewegung der 80er Jahre sehr hilfreich war: Saul Alinsky: „Anleitung zum Mächtigsein“ – schlecht übersetzt; denn es

ging dem Begründer des Community Organizing in den USA der 30er Jahre nicht um Macht, sondern „Rules for Radicals“, also Regeln, nach denen man gesellschaftlichen Fortschritt nicht für, sondern mit z.B. den Bewohnern eines Stadtviertels organisiert. Alinsky beschreibt mit wunderbaren Beispielen, wie viel Potenzial in Menschen steckt, etwas Positives für die Gemeinschaft zu gestalten, wenn man nicht von Modellen ausgeht, sondern Menschen ermutigt und darin bestärkt, Probleme durch die Formulierung konkreter (Teil-) Ziele anzugehen (Empowerment). So werden aus „Zielgruppen“ (die man treffen will!?) potenzielle Akteure, die jede Menge Hürden zu überwinden haben, immer wieder scheitern werden und dabei lernen können, wie wichtig es für ein lohnendes Leben ist nicht aufzugeben.

Wir diskutieren gegenwärtig Anregungen für eine Entwicklungskonzeption der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Dabei ist die Förderung und Unterstützung von historisch-politischer Bildung ein zentrales Thema. Welche Leitlinien würden Sie unter pädagogischen Gesichtspunkten bei der Erarbeitung einer solchen Konzeption empfehlen?

🕒 Eine Entwicklungskonzeption für die Stiftung sollte nicht von den derzeitigen Orten und Themen ausgehen, sondern den Zukunftsperspektiven ihrer Besucher: Welches Wissen über die Vergangenheit und welche sozialen Kompetenzen werden die heute 15-jährigen in den kommenden 40, 50 Jahren brauchen, um diese Weltgesellschaft sinnvoll und mit noch weiterer Perspektive lebenswert gestalten zu können? Ja, es braucht eine Entwicklungskonzeption der Stiftung mit klaren Zielvorstellungen, Beschreibung der vorhandenen und benötigten Ressourcen sowie Zeitplänen, aber nicht allein für die Stiftung oder das Land Sachsen, sondern für Menschen, die respektvoll und mit weiser Voraussicht auf Zeiten zusteuern, die jenseits unseres heutigen Horizonts liegen. Soweit zu den Inhalten. Organisatorisch gibt es viele Varianten, doch der Erfolg eines Programms hängt davon ab, ob diejenigen, die es umsetzen sollen, an seiner Entwicklung so beteiligt wurden, dass sie all ihre Energie und Phantasie zur Verwirklichung einbringen.

„Eine Entwicklungskonzeption sollte nicht von den derzeitigen Orten und Themen ausgehen, sondern den Zukunftsperspektiven ihrer Besucher.“



„Projektförderung braucht Transparenz und proaktive Beratung für Initiativen.“

Interview mit

Anja Kruse

Pädagogische Mitarbeiterin Gedenkstätte für
Zwangsarbeit Leipzig

Die Gedenkstätte wird seit 2014 von der Sächsischen Gedenkstättenstiftung anteilig institutionell gefördert. Aber schon zuvor und jetzt weiterhin ergänzend finanziert die Stiftung Projekte vor Ort. Welche Erfahrungen haben Sie bei der Antragstellung für Projektförderung gemacht?

🗣 Ich bin seit einer gewissen Zeit hauptamtlich und würde sagen, durch die öffentliche Thematisierung des Ungleichgewichts verschiedener Diktaturen seit 2016 hat sich etwas im Handeln der Stiftung verändert. Unser jetzt laufendes Projekt der Medienstation, das 2016 beantragt wurde, wurde voll bewilligt und ermöglicht uns die Umsetzung von etwas, das schon lange nötig war. In den vorhergehenden Jahren gab es aber auch Erfahrungen, dass Projektanträge nicht bewilligt wurden und die Transparenz fehlte, warum das nicht in den Fördergegenstand passte.

Welche Beratung brauchen Antragsteller/innen, um chancenreiche Projektanträge stellen zu können?

🗣 Wir haben als Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig die Kapazitäten, gezielt bei der Stiftung nachzufragen. Kleinere Initiativen haben aber häufig das Problem, dass sie sich aufgrund ihrer Altersstruktur oder fehlender Ressourcen nicht so dahinterklemmen können. Sie haben vielleicht noch keinen Antrag geschrieben oder wissen nicht, an wen sie sich wenden. Ich

finde es einen falschen Ansatz, darauf zu warten, was für Projektanträge kommen und dann zu sagen, die waren nicht qualifiziert. Die Stiftung sollte das Förderangebot aktiv nach außen tragen und kleine Initiativen, die in ganz Sachsen, auch im ländlichen Bereich tätig sind, ermuntern, Anträge zu stellen, und sie im nächsten Schritt auch begleiten. Andere Institutionen bieten einmal jährlich Antragsberatung an. Ob man die Kapazitäten dafür hat, sei dahingestellt. Man kann aber mit Leuten aus anderen Orten kooperieren, einen strukturellen Rahmen bieten für eine Antragsberatung vor Ort. Ein proaktiver Ansatz wäre, zu informieren, was förderfähig ist, und vielleicht auch telefonisch eine Vorab-Version des Antrages zu beraten.

Das passiert auch schon teilweise. Zum Beispiel gab es bei unserer Konzepterstellung für die institutionelle Förderung eine Zusammenarbeit, bei der gesagt wurde, worauf zu achten ist. Aber bei der Projektförderung hakt es an der Transparenz und einer klaren Ansprechperson. Bei anderen Förderern habe ich die Möglichkeit, zu erläutern, worum es mir geht und je nachdem, wie offen sie sind, beraten sie einen dahingehend, was förderfähig ist. Ob es dann gefördert wird, können die mir auch nicht versprechen.

In einer Entwicklungskonzeption für die Stiftung kann definiert werden, wo man mit der Projektförderung hin will, welche Projektformen, Themen, Orte, methodische Ansätze man besonders stärken will. Welches Potenzial an Projektideen sehen Sie insgesamt? Welche Projekte könnten sich in nächster Zeit entwickeln?

 Das muss man differenziert sehen, auch nach Region. Es gibt Basisinitiativen, die die Geschichte eines Ortes erst mal erschließen und überlegen, wie kann ich es in meiner kleinen Gemeinde vermitteln, dass es auch hier NS-Verbrechen gab. Dadurch können sie einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit Geschichte und eine Verbindung zu Ausgrenzung und Diskriminierung heute schaffen. In manchen Orten fehlt aber noch die Basisarbeit, überhaupt erst mal eine kleine Ausstellung im Rathaus zu machen, einen Ort zu erschließen, eine Archivrecherche zu unternehmen. Andere sind schon einen Schritt weiter. Sie überlegen sich, welche Nutzungsgewohnheiten junge Menschen haben und wie man sie an ein Thema heranführen kann. Das gibt es in anderen Städten schon, zum Beispiel eine Digitalisierung von Stadtteilrundgängen mit Apps, bei denen an ausgewählten

Orten eine Geschichte nacherzählt wird. Die Stadtteilrundgänge, die wir aktuell anbieten, sind eher für alle Zielgruppen, die ein gewisses Grundlagenverständnis haben. Ein nächster Schritt wäre für uns, mit einer auf Schüler zugeschnittenen Spurensuche noch mehr ins Stadtgebiet reinzugehen.

Der Förderauftrag der Stiftung wird kontrovers diskutiert. Von der Leitung heißt es, was über den authentischen Ort einer Gedenkstätte hinausgeht, überfordert die Stiftung. Aber gerade Bildungsangebote wie Stadtteilrundgänge thematisieren die Entstehung von Diskriminierung und Diktatur in der Breite der Gesellschaft. Wie sollte der Auftrag der Stiftung ausformuliert werden, damit auch solche Formen von Erinnerungsarbeit förderfähig sind?

🔍 Ich kann nur schwer beurteilen, inwiefern das personell und finanziell überfordernd ist. Aber ich finde so ein Auftrag muss flexibel gesetzt werden. Ich finde es verkehrt, historisch betrachtet und auch angesichts gegenwärtiger Entwicklungen und der Bedeutung von Geschichtsvermittlung heute, das zu eng zu fassen. Exkursionen in die Gedenkstätte Buchenwald, als ein repräsentativer Ort der Verfolgung und Vernichtung von Menschen, sind wichtig. Trotzdem wenden sich Lehrer an uns und wollen den Lokalbezug von Buchenwald zu Leipzig herstellen. Aber eben nicht nur hier am authentischen historischen Ort, der ehemaligen HASAG, sondern exemplarisch vor der eigenen Haustür. Das Verbrechen NS-Zwangsarbeit war ein Massenphänomen, nicht nur in Leipzig, sondern überall. Die deutsche Mehrheitsbevölkerung hat mit den Zwangsarbeiterinnen gearbeitet, hat

profitiert in verschiedenster Weise. Die Leute begreifen hier ganz oft erst, dass es eben nicht nur die großen Vernichtungs- und Arbeitslager gab. Man regt andere Auseinandersetzungen über die eigene Verantwortung an, wenn Menschen merken, ihr Wohnhaus oder ihr Jugendklub war auch ein Teil dessen. Das muss man bei einer Förderrichtlinie auf dem Schirm haben.

↓
Anja Kruse auf
Rundgang
durch die
Gedenkstätte
Zwangsarbeit
Leipzig mit
Dr. Claudia
Maicher,
(Bildnachweis:
Jan Keilhauer)



„Wir sind der Meinung, dass Aufarbeitung konkret ist und dezentral und regional verortet sein muss.“



Interview mit

Dr. Anna Kaminsky

**Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur**

Welche Aufgaben nimmt die Bundesstiftung Aufarbeitung wahr und welche Projekte und Einrichtungen in Sachsen unterstützt Sie derzeit?

🕒 Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde 1998 vom Deutschen Bundestag gegründet, um – wie es in unserem Errichtungsgesetz heißt - Beiträge zur umfassenden Aufarbeitung von Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland und in der DDR zu leisten und zu unterstützen, die Erinnerung an das geschehene Unrecht und die Opfer wachzuhalten sowie den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft, die Demokratie und die innere Einheit Deutschlands zu fördern und zu festigen.

Wir kommen diesem Zweck auf verschiedene Art und Weise nach. Zum einen, in dem wir eigene Angebote wie Veranstaltungen zu den verschiedensten Themen, Publikationen, unsere Ausstellungen in Plakatform, Angebote für die schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit bereit stellen. Zum anderen finanzieren, fördern und beraten wir Projektvorhaben von anderen Einrichtungen. Das sind Opferverbände ebenso wie Aufarbeitungsvereine, Museen, Gedenkstätten, Volkshochschulen oder universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Für die Projektförderung geben wir den größten Teil der uns zur Verfügung stehenden Mittel aus, weil wir der Meinung sind, dass Aufarbeitung konkret ist und dezentral

und regional verortet sein muss. In Sachsen unterstützten und unterstützen wir seit unserer Gründung vielfältige Projekte und Träger. Das reicht von Bautzen und Großhennersdorf über Dresden, bspw. die Bautzner Straße, über Hoheneck, den Kaßberg bis nach Leipzig und Mittweida und Plauen. Unsere vier großen Aufgabenbereiche umschreiben wir mit „Fördern und unterstützen – anregen und initiieren – vernetzen – kommunizieren“.

Welche Entwicklungsaufgaben sehen Sie für Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur ganz allgemein? Gibt es hierbei Besonderheiten in Sachsen, z.B. spezifische Themen, historische Hintergründe oder Akteure?

 In den vergangenen Jahrzehnten nach dem Untergang der DDR sind an vielen Orten der Repression neue Gedenkstätten entstanden wie bspw. im ehemaligen Stasi-Gefängnis in Bautzen, in der Runden Ecke in Leipzig oder im ehemaligen Geschlossenen Jugendwerkhof in Torgau. Viele Stadtmuseen haben ihre Ausstellungen überarbeitet. In Mittweida ist im Elternhaus von Erich Loest eine großartige Ausstellung entstanden. Viele dieser Einrichtungen sind Anlaufstellen für Opfer und Betroffene, die hier Rat und Hilfe finden und sich zugleich als Zeitzeugen in der Vermittlung von Geschichte einbringen können.

„Unsere vier großen Aufgabenbereiche umschreiben wir mit »Fördern und unterstützen – anregen und initiieren – vernetzen – kommunizieren«.“

Aber es gibt immer noch „weiße Flecken“, wenn wir bspw. das einzige Frauenzuchthaus in Hoheneck oder das DDR-Abschiebe-Gefängnis in Chemnitz sehen. Gerade an diesen historischen Orten kann für die jüngeren Generationen deutlich gemacht werden, was es heißt, in einer Diktatur zu leben und auch zu zeigen, wo die Unterschiede zwischen Diktatur und Demokratie sind.

Aber wir sollten Gedenkstätten und außerschulische Lernorte nicht überlasten: Sie können den Geschichtsunterricht und die Vermittlung von historischem Wissen durch die Schule nicht ersetzen. Sie können zusätzliche Angebote machen, Vertiefungen und Anschauungsunterricht am konkreten Ort mit konkreten Schicksalen von konkreten Menschen bieten.

Auf welche Weise arbeitet die Bundesstiftung mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zusammen? Sehen Sie Möglichkeiten, die Zusammenarbeit auszubauen?

🔗 Es gibt einige Vorhaben, bei denen die Stiftung Sächsische Gedenkstätten und unsere Bundesstiftung bspw. gemeinsam fördern und Projekte ermöglichen.

Wie gesagt, unser Auftrag ist es, dezentral und regional Projekte zu unterstützen. Das heißt, wir sind gern bereit, uns einzubringen. Das geschieht auf dem Weg der Projektförderung als direkt finanziell oder indem wir beraten, zu konzeptionellen Überlegungen beitragen. Und die Liste der Vorhaben in Sachsen, mit denen wir sehr erfolgreich und kollegial zusammengearbeitet haben, ist zu lang für dieses Interview. Man kann die geförderten Projekte auf unserer Homepage unter www.bundesstiftung-aufarbeitung.de einsehen.

LINK 🔗



„Der Wandel des Erfahrungshorizonts, des Wissensvorrats und der Gewohnheiten der Mediennutzung der Jugendlichen stellt die Gedenkstätten in der Präsentation und der Bildungsarbeit vor neue Herausforderungen.“

Interview mit

Dr. Peter Skyba

**Zeithistoriker – Forschungen und
Ausstellungsprojekte u. a. zum Nationalsozialismus
und zur SED-Herrschaft in Sachsen**

Vor welchen Herausforderungen steht eine zeitgemäße Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur?

📺 In Sachsen existieren zahlreiche Orte, die auf die Gewalt und das Unrecht im Nationalsozialismus und in der SED-Diktatur verweisen. Ein wichtiger Teil wurde oder wird als Erinnerungs- und Lernorte erschlossen und genutzt. Die einzelnen von der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten (StSG) getragenen Gedenkstätten haben sich thematisch und methodisch unterschiedlich stark den Herausforderungen der Gegenwart gestellt. Ich sehe allerdings die Gefahr, dass das nach wie vor herrschende Vertrauen in die Überzeugungskraft der authentischen Orte, vielfach Orte himelsschreienden Unrechts und erschreckender Grausamkeit, sowohl als Basis von Aufklärung über den Charakter der Diktaturen als auch als Ausgangspunkt von politischer Bildung über den Gegensatz von Diktatur und Demokratie in absehbarer Zeit zu einem rapiden Reichweitenverlust führen wird, wenn sich die Stiftung nicht stärker auf den gegenwärtigen Wandel der Zielgruppen und ihrer Rezeptionsbedürfnisse einstellt. Für Jugendliche in der digitalen Gegenwart sind Nationalsozialismus und DDR zunächst historische Epochen und nicht primär Objekte politischer und moralischer Distanzierung.

Dass es gerade in der historisch-politischen Bildung dringenden Handlungsbedarf gibt, wird nicht zuletzt durch das Anwachsen der radikalen parlamentarischen wie außerparlamentarischen Rechten in Sachsen unterstrichen, Kräften, die in großer Distanz zur repräsentativen Demokratie scheinbar einfache Antworten auf die komplexen Probleme der Gegenwart suchen und in dieser Hinsicht die Abgrenzung von den deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts und ihren „Maßnahmestaaten“ (für den NS: E. Fraenkel) vermissen lassen.

Wie ist die Stiftung Sächsischer Gedenkstätten aus Ihrer Sicht für diese Anforderungen aufgestellt?

Einige der von der StSG selbst verwalteten Gedenkstätten haben sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt. Nicht zuletzt die personelle Unterbesetzung setzte der weiteren Entfaltung und der Erprobung neuer Konzepte aber auch Grenzen. Die Stiftung insgesamt lässt nach ihrem Tätigkeitsbericht in der Vielzahl von Aktionen allerdings ein klares Profil vermissen. Und es ist nicht erkennbar, wie die Stiftung auf die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft reagieren will. Stattdessen dominieren Inhalte und Formen, mit denen seit den 1990er Jahren gearbeitet wird, so dass der Eindruck einer tendenziellen Abkoppelung der Stiftung von den Entwicklungen in der nationalen und internationalen Gedenkstättenarbeit entsteht.

„Es ist nicht erkennbar, wie die Stiftung auf die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft reagieren will.“

Dass ein innovativer Umgang mit Geschichte und Orten trägt, ist in unmittelbarer Nachbarschaft Sachsens zu beobachten. Auf dem Gelände eines Lagers der Deutschen Wehrmacht, in dem ab 1939 im östlichen Teil von Görlitz Kriegsgefangene aus zahlreichen Ländern festgehalten wurden, widmet sich das Europäische Zentrum Erinnerung, Bildung und Kultur MEETINGPOINT MUSIC MESSIAEN der Erinnerung an die Kriegsgefangenen aus dem gemeinsamen Blickwinkel des heutigen Europa. Es verbindet in reizvoller und produktiver Weise das Gedenken mit kulturellen Initiativen der Gegenwart. Zugleich bringt das Zentrum Jugendliche aus ganz Europa beim Aufbau der Gedenkstätte im Dreiländereck zusammen.

Es geht nun beileibe nicht darum, derartige erfolgreiche Initiativen blindlings zu kopieren. Die Stiftung lässt aber bisher Antworten vermissen

auf die Frage, wie sie den gegenwärtigen und künftigen Anforderungen gerecht werden will. Eine seit Jahren angekündigte und vielfach ange-mahnte Entwicklungskonzeption der StSG steht nach wie vor aus.

Auf welchen Feldern sehen Sie Verbesserungsbedarf und Innovationspotenzial?

 Ich möchte hier zwei Bereiche hervorheben. Zunächst zur Arbeit „an der Basis“ – sowohl bei der Erforschung von Artefakten der Gewaltherrschaft der deutschen Diktaturen und der Gestaltung von Gedenkorten als auch beim Innovationsbedarf bei den Methoden der historisch-politischen Bildung.

Die Hürden für Initiativen, die gerade in ihrem lokalen Umfeld Monumente der beiden Diktaturen ausfindig gemacht haben, sie erforschen und vielleicht auch zu einem Erinnerungsort entwickeln möchten, sind sehr hoch. Bürgerschaftliches Engagement, das gerade im lokalen Umfeld einen wichtigen Beitrag zur politisch-historischen Aufklärung leisten könnte, wird nicht selten abgeschreckt. Hier könnte die StSG durchaus Starthilfe leisten. Denkbar ist zum Beispiel eine mit kleinem Etat ausgestattete Stelle in der Stiftung, die Initiativen fachwissenschaftlich berät und bei der Beantragung von Geldern unterstützt. Qualifizierte Beratung könnte gemeinsam mit engagierten Menschen Entwicklungschancen ausloten und die Startchancen von erfolgversprechenden Projekten vor Ort verbessern.

Der Wandel des Erfahrungshorizonts, des Wissensvorrats und der Gewohnheiten der Mediennutzung der Jugendlichen stellt die Gedenkstätten in der Präsentation und der Bildungsarbeit vor neue Herausforderungen, denen die Museumspädagogik mit neuen Formaten Rechnung zu tragen versucht. Die Stiftung hat hier Nachholbedarf. Es ist an der Zeit, erfolgversprechende Methoden quasi im Feldversuch zu testen, beispielsweise in Form eines Pilotprojekts, in dem einschlägig qualifiziertes Personal in Absprache mit wissenschaftlichem Beirat und Geschäftsführung eine Auswahl von Formaten erprobt. Im Erfolgsfall liefern diese „Werkstätten“ dann Impulse für die Weiterentwicklung der museumspädagogischen Arbeit der StSG.

„Es ist an der Zeit, erfolgversprechende Methoden quasi im Feldversuch zu testen.“

Das zweite Feld ist die wenig ausgeprägte Orientierung an dem, was in der Gedenkstättenarbeit und in der Museumspädagogik im nationalen und internationalen Maßstab aktuell diskutiert wird. Beim Blick in den Tätigkeitsbericht der Stiftung entsteht der Eindruck einer tendenziellen Verinselung der sächsischen Gedenkstättenarbeit. Sie tut sich schwer, sich zu den aktuellen Entwicklungen in der Gedenkstattenszene konstruktiv zu positionieren. Die Stiftung kann nur davon profitieren, sich weit stärker am fachwissenschaftlichen Diskurs zu beteiligen und eigene Projekte in der Fachwelt zu diskutieren. Die unterschiedlichen Profile der verschiedenen sächsischen Gedenkstätten bieten eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten für die Diskussion mit ähnlichen Einrichtungen außerhalb Sachsens. Ein regelmäßig ausgerichtetes Tagungsformat der StSG böte die Möglichkeit, eigene Projekte im erweiterten Kollegenkreis zu diskutieren und Impulse konstruktiv aufzugreifen. Die Vernetzung mit Gedenkstätten in und außerhalb Deutschlands würde die Wahrnehmung der sächsischen Gedenkstättenarbeit erheblich verbessern.

„Die Vernetzung mit Gedenkstätten in und außerhalb Deutschlands würde die Wahrnehmung der sächsischen Gedenkstättenarbeit erheblich verbessern.“

Die Stiftung sollte sich den Kriterien stellen, die in der Fachwelt längst Standard in der Bewertung von Projekten und der Arbeit von Institutionen sind: Welche externen Kontakte und Kooperationen sind fester Bestandteil der Arbeit? Wie wird die Arbeit in der Fachwelt wahrgenommen und rezipiert? Wie viel finanzielle Unterstützung (Drittmittel) konnte zusätzlich zu den Haushaltsmitteln für die Arbeit eingeworben werden?

Strukturell kann die Außenorientierung beispielsweise durch eine Erweiterung des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung durch Experten der Gedenkstättenarbeit aus dem In- und Ausland gestärkt werden. Dies sollte Hand in Hand gehen mit einer Aufwertung des Beirats bei der Unterstützung der Geschäftsführung und bei Schwerpunkt- und Grundsatzentscheidungen. Und gerade beim Entwurf der Entwicklungskonzeption scheint es mir geradezu unabdingbar, dem Wissenschaftlichen Beirat größeres Gewicht beizumessen.

Die Zukunft des Erinnerns ist zu wichtig, um weiter abzuwarten



Dr. Claudia Maicher

Dr. Claudia Maicher ist kulturpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag

Wie lange sollen uns die alten Geschichten noch beschäftigen? Warum müssen die Verbrechen im Nationalsozialismus immer wieder zum Thema gemacht werden? Haben die Erfahrungen in der DDR-Diktatur für junge Menschen heute denn noch Bedeutung? Gerade, weil diese Fragen künftig immer mehr gestellt werden, müssen wir dem Erinnern eine Zukunft geben. Wir müssen die Auseinandersetzung mit dem Handeln der Menschen in den Diktaturen ermöglichen, um bewusst zu machen, dass jede und jeder Einzelne eine Verantwortung für das gesellschaftliche Zusammenleben trägt – damals wie heute. Für die Politik leitet sich daraus die Verantwortung ab, den Prozess einer aktiven, vielseitigen und kontroversen Auseinandersetzung möglichst vieler Menschen mit Geschichte zu fördern.

In Sachsen gibt es eine Reihe von Einrichtungen, an denen das DDR-Regime und der Terror im NS-Staat anhand authentischer Orte und Zeitzeugnisse nachvollzogen werden können. Darüber hinaus erforschen bürgerschaftliche Initiativen die Geschichte der Diktaturen weiter, auch dort wo keine Stätten mit großer symbolischer Bedeutung bestehen. Es gilt, den Bestand zu erhalten. Aber mehr noch ist Erinnerungskultur eine Entwicklungsaufgabe. Denn was für die Opfergeneration wichtig ist, mag den kommenden Generationen nicht mehr ohne Weiteres notwendig erscheinen. Deshalb wird mit zunehmender zeitlicher Distanz der Bedarf an Aufarbeitung nicht etwa ab-, sondern zunehmen. Politische und demokratische Bildung ist auf das anschauliche Erleben historischer Fakten und persönlicher Geschichten angewiesen. Umso mehr, wenn Versuche der Umdeutung von Geschichte zunehmen.

Es wird nicht reichen, Zeitzeugnisse und Riten des Erinnerns zu pflegen. Es geht vielmehr um ein ständiges Wieder-Begründen des Erinnerns gegenüber jungen Generationen und eine praktische Erneuerung. Diese Erneuerung, das habe ich in den vielen Gesprächen mit engagierten Menschen gelernt, bedarf neben weiteren wissenschaftlichen Analysen und öffentlichen Debatten einer Verstärkung der pädagogischen Perspektive, um junge Menschen an Geschichte heranzuführen zu können und ihr Interesse zu finden. Darüber hinaus ist diese praktische Weiterentwicklung auf eine breite und vielfältige Beteiligung von Initiativen angewiesen, um sowohl eine pluralistische, diskursive Geschichtsschreibung zu ermöglichen als auch an verschiedene Lebenswelten und gesellschaftliche Gruppen anzuknüpfen. Politisch verantwortungsvoll ist es angesichts dieses Entwicklungsbedarfs, Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit in Sachsen noch stärker zu unterstützen als bisher. Politik soll dabei nicht die inhaltliche Auslegung vorgeben, aber einen Rahmen setzen und förderliche Arbeitsbedingungen herstellen. Aus dieser Position heraus sind wir als GRÜNE-Landtagsfraktion derzeit höchst unzufrieden mit der Situation. Für die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ist nicht ersichtlich, wie mit den Herausforderungen umgegangen werden soll. Es gibt keine Diskussionsgrundlage zu langfristigen Zielstellungen oder gar einen produktiven Umgang mit der Kritik, die von vielen Seiten hervorgebracht wird. Diese bezieht sich auf aktuelle organisatorische und personelle Aspekte, aber eben auch auf eine Konzeptlosigkeit, wo die Stiftung mit ihren Angeboten und Förderleistungen in sieben oder zehn Jahren stehen will (und welche personelle und finanzielle Ausstattung dies erfordern würde), auf eine fehlende Offenheit der geschichtspolitischen Debatte innerhalb der Stiftung, eine fehlende Transparenz über Entwicklungsschritte nach außen und eine fehlende Unterstützung des Austauschs der Beteiligten.

Eine Entwicklungskonzeption wäre hier das übliche Instrument, um einen Schritt nach vorn zu machen und selbstbewusst



Fachgespräch auf Einladung der GRÜNEN-Landtagsfraktion zur Zukunft der Gedenkstättenarbeit am 14. Juni 2017

die Interessen all derer zu vertreten, die im erinnerungskulturellen Feld arbeiten. Dafür ist ein Impuls der Stiftungsleitung wichtig, jedoch müssen die Handlungsleitlinien auf breiter Basis diskutiert werden, um Akzeptanz zu finden. Das heißt, Vorschläge aus den Gremien der Stiftung, der Mitarbeiterschaft und auch aus dem Beteiligtenumfeld von Verbänden, Initiativen und Wissenschaft sollten moderiert werden. So entstünde ein praxisnaher Orientierungswert für Geförderte und Engagierte. Und der Landtag als (Haushalts-)Gesetzgeber könnte fundiert über die verfügbaren Mittel entscheiden.

Wir warten nun aber schon viele Jahre vergeblich auf eine Konzeption und auch vor den Beratungen für den Staatshaushalt 2019/2020 befürchten wir Entscheidungen ohne Grundlage treffen zu müssen. Zwar haben auch CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag 2014 die Förderung der Stiftung an das Vorliegen einer Entwicklungskonzeption gebunden. Jedoch sind über diese Verlautbarung hinaus keine Anstrengungen ersichtlich. Kulturministerin Dr. Eva-Maria Stange (SPD) ist Stiftungsratsvorsitzende aber eben auch verantwortliche Ministerin. Als solche hat sie bisher zu wenig getan, etwa um eine Meinungsbildung über die Zukunft der Stiftung auch über die internen Gremien hinaus zu ermöglichen.

Die Zukunft des Erinnerns ist zu wichtig, um weiter abzuwarten. Deshalb haben wir als GRÜNE-Landtagsfraktion einen Antrag (Landtagsdrucksache Drs 6/9610) in den Landtag eingebracht, um eine Debatte in Gang zu bringen. Die Staatsregierung haben wir aufgefordert, sich aktiver um die Gedenkstättenförderung zu kümmern als bisher. Der Landtag soll darüber hinaus ein Zeichen setzen und seine Verantwortung zur Rahmensetzung wahrnehmen, das heißt Erwartungen an den künftigen Leistungsumfang und das Profil der Stiftung aufstellen. Wir GRÜNE stehen dabei für eine vielseitige und bürgerschaftlich getragene Aufarbeitung. So stellt sich für uns auch nicht die Frage einer Priorisierung der Aufarbeitungsaufgaben entweder zur DDR- oder zur NS-Geschichte. Die Stiftung und ihre Gremien sollten den Entwicklungsprozess jetzt entschieden voranbringen und Anregungen und Forderungen von Akteurinnen und Akteuren innerhalb und außerhalb der Stiftung aufgreifen und offen diskutieren. Wichtig ist, dass die Stiftung endlich die Chance wahrnimmt, die mit einer Entwicklungskonzeption verbunden ist, dass nämlich Erinnerungskultur in Sachsen wesentlich aufgewertet werden und eine zeitgemäße historisch-politische Bildung entfalten

„Wichtig ist, dass die Stiftung endlich die Chance wahrnimmt, die mit einer Entwicklungskonzeption verbunden ist.“

könnte. Solange kein Konzept vorliegt, wird das Entwicklungspotenzial weiter verschenkt.

Ich möchte alle Beteiligten ermuntern, bei aller Unterschiedlichkeit, ihre gemeinsamen Interessen zu bündeln und an die Stiftung und die Politik heranzutragen. Gemeinsam können sie am besten für die Bedeutung historisch-politischer Bildung sensibilisieren und ihre Ansätze für die Erneuerung des Erinnerns bekräftigen.

Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft



Rechtsgrundlagen

- gegründet 1994, Errichtungsgesetz 2003
- Gesetzesnovellierung 2012, dabei Aufnahme neuer Gedenkstätten in die institutionelle Förderung, Verankerung des Bildungsauftrags und Verzicht auf Formulierungen, die NS- und DDR-Diktatur gleichsetzen

Organisation

- Gremien: Stiftungsrat, Stiftungsbeirat und Wissenschaftlicher Beirat
- Geschäftsführer: Siegfried Reiprich seit 2009, wiedergewählt 2014
- Stiftungsratsvorsitzende: Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Eva-Maria Stange (SPD)

Konzeption/Handlungsleitlinien

- Entwicklungskonzeption in Aussicht gestellt seit 2009, Vorlage von Eckpunkten des Geschäftsführers im Stiftungsrat 2012 und 2016, seither kein Beschluss

- Satzung und Förderrichtlinien regeln Verfahren, enthalten jedoch keine inhaltlich-fachlichen Leitlinien

Struktur

- Gedenkstätten in Trägerschaft der Stiftung:
Gedenkstätte Bautzen, Gedenkstätte Münchner Platz Dresden, Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau und Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain
- Geschäftsstelle in Dresden und Dokumentationsstelle „Widerstands- und Repressionsgeschichte in der NS-Zeit und der SBZ/DDR“

Finanzielle und personelle

Ausstattung im Jahr 2016

- Gesamtausgaben: 3,2 Mio. €, davon 2,1 Mio. € vom Freistaat Sachsen und 1,1 Mio. € vom Bund
- 26 Beschäftigte auf Planstellen, 3 Projekt-Beschäftigte aus Drittmitteln

Weiterführende Hinweise

Alle Informationen zu erinnerungspolitischen Initiative der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag finden Sie gebündelt auf:

LINK  <http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/themen/kultur-interkultur/gedenkstaettenarbeit>

Grundlegende Dokumente und Ergebnisse:

.....

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
„Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur in Sachsen weiterentwickeln“
(Drs 6/9610)

LINK 

https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Antraege/6_9610_Antr.pdf

Stellungnahme der Staatsregierung zum GRÜNEN Antrag vom 6.6.2017

LINK 

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=9610&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1&dok_id=undefined

Zusammenfassung des Fachgesprächs der Fraktion zur Zukunft der Gedenkstättenarbeit am 14.6.2017

LINK 

<https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine/fachgespraech-zur-zukunft-der-gedenkstaettenarbeit-am-1462017>

Protokoll der Sachverständigenanhörung am 23.10.2017

LINK 

http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=80290&dok_art=APr&leg_per=6&pos_dok=&dok_id=241920

Einrichtungen und Initiativen, die in den Beiträgen benannt wurden:

.....

Stiftung Sächsische Gedenkstätten

LINK 

<https://www.stsg.de>

KZ Gedenkstätte Sachsenburg

LINK 

<https://gedenkstaette-sachsenburg.de>

Initiative Klick

LINK 

<http://selbstaueser.eu>

Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

LINK 

<http://www.zwangsarbeit-in-leipzig.de/zwangsarbeit-in-leipzig>

Gedenkstätte Bautzen

LINK 

<https://www.stsg.de/cms/bautzen/startseite>

Förderverein Gedenkstätte Bautzen

LINK 

<http://foerderverein-gedenkstaette-bautzen.de>

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

LINK 

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de>

Papier des Forums der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und –initiativen und der AG der KZ-Gedenkstätten

LINK 

http://www.gedenkstaettenforum.de/fileadmin/forum/Datei_rechte_Seite/2017-05-05_Erinnerungskultur_und_historisch-politische_Bildung_staerken.pdf

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

www.gruene-fraktion-sachsen.de

 www.facebook.com/GrueneFraktionSachsen

 www.twitter.com/SaxGruen

Dr. Claudia Maicher, kulturpolitische Sprecherin
E-Mail: claudia.maicher@slt.sachsen.de

Parlamentarische Beratung
Jan Keilhauer
Telefon: 0351 / 493 48 28
E-Mail: jan.keilhauer@slt.sachsen.de

Diese Publikation dient der Information und darf nicht als Wahlwerbung eingesetzt werden.

V.i.S.d.P.:

Andreas Jahnel-Bastet, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden • Satz/Gestaltung: Petra Sprenger

Stand: November 2017